

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

4. August 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 29.07.14 wurde Hashmat Karzai, ein Cousin des amtierenden afghanischen Staatspräsidenten Hamid Karzai, in Kandahar von einem Selbstmordattentäter getötet. Der Angreifer trug einen Sprengsatz unter seinem Turban. Hashmat Karzai hatte im Wahlkampf um das Präsidentenamt Ashraf Ghani unterstützt. Bisher bekannte sich niemand zu dem Anschlag.

Pakistan

Drei Menschen bei Ausschreitungen gegen Ahmadis getötet

In der Stadt Gujranwala (Provinz Punjab) wurden am 27.07.14 drei Frauen und zwei Kinder getötet, als eine aufgebrachte Menge ihr Haus in Brand setzte. Acht Frauen erlitten Verletzungen. Die Opfer waren Mitglieder der Religionsgemeinschaft der Ahmadiyya. Auslöser war ein Facebook-Eintrag eines jugendlichen Familienmitglieds, den sunnitische Extremisten als Beleidigung des Islams werteten. Der aufgebrachte Mob setzte fünf Häuser und mehrere Fahrzeuge in Brand. Polizisten versuchten, die Menge zu beruhigen, schritten jedoch nicht ein.

Ehepaar von Familie ermordet

Ein Paar, das ohne Zustimmung der Familie geheiratet hatte, wurde in der Provinz Punjab von Angehörigen ermordet. Zwei Brüder der Frau sollen nach Angaben der Polizei die jungen Eheleute entführt, gefoltert und getötet haben.

Irak

Sicherheitslage

Nach der Zählung von Iraq Body Count wurden im Juli 1.481 Zivilpersonen getötet.

Angaben der United Nations Assistance Mission for Iraq (UNAMI) zufolge wurden 1.186 Zivilpersonen im Juli 2014 getötet und 1.511 verletzt. Weiterhin kamen 551 Mitglieder der Sicherheitskräfte um und 467 erlitten Verletzungen. Bagdad war mit 1.035 zivilen Opfern (415 Tote, 620 Verletzte) die am stärksten betroffene Provinz, gefolgt von Salahaddin (305 Tote, 289 Verletzte), Ninive (209 Tote, 270 Verletzte), Kirkuk (689 Tote, 127 Verletzte), Babil (77 Tote, 72 Verletzte) und Diyala (71 Tote, 66 Verletzte). Die Opferzahlen aus der Provinz Anbar sind nicht enthalten.

Islamischer Staat (IS) rückt vor

Laut Pressemeldungen vom 03./04.08.14 hat der Islamische Staat (IS) seinen Einflussbereich im Norden des Iraks in Gebieten nördlich und westlich von Mosul ausweiten und Gebiete mit mehrheitlich kurdischer Bevölkerung unter ihre Kontrolle bringen können. Die Gebiete standen zuletzt unter dem Schutz kurdischer Peshmergas. Diese hätten sich nach heftigen Kämpfen, bei denen es Dutzende von Toten gab, zurückgezogen. IS habe in mehreren Städten und Dörfern die Herrschaft übernommen. In der Stadt Samar (Sumar) hätten sie die schwarze Flagge des „Islamischen Staates“ über Verwaltungsgebäuden gehisst und zwei weitere Ölfelder in der Nähe einer wichtigen Ölpipeline zwischen Irak und der Türkei unter ihre Kontrolle gebracht.

Nach einer Meldung soll ein Mitglied der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) bestritten haben, dass sich die kurdischen Truppen zurückgezogen hätten.

UN-Angaben zufolge sollen etwa 200.000 Zivilpersonen, überwiegend Yeziden, geflohen sein.

UN verlängern Irak-Mission

Der UN-Sicherheitsrat hat am 30.07.14 das Mandat der UN-Mission in Irak um ein Jahr verlängert.

Neuer irakischer Präsident gewählt

Das irakische Parlament hat am 24.07.14 den kurdischen Politiker Fouad Masoum zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Er gehört der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) an.

Syrien

Mehr als 5.000 Tote im Juli

Armee und Rebellen/IS lieferten sich in der vergangenen Woche weiterhin heftige Gefechte. So kamen bei Kämpfen zwischen Armee und Rebellen in der Nacht des 27./28.07.14 in Aleppo zahlreiche Menschen, darunter auch Kinder, ums Leben. Bei Luftangriffen sollen auch Fassbomben eingesetzt worden sein. Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte wurden am 01.08.14 in der Region Kalamun sieben Regierungssoldaten getötet. Bei einem Angriff syrischer Regierungstruppen am 02.08.14 sollen mindestens 50 Regimegegner ums Leben gekommen sein. In die Gefechte nahe der Stadt al-Dschobeh seien Kämpfer der al-Nusra-Front und der Organisation IS verwickelt gewesen. Zuvor hätten islamistische Brigaden in der Region ein syrisches Kampfflugzeug getroffen und einen Kontrollposten der Armee angegriffen. Am 02.08.14 wurde berichtet, dass im Osten Syriens Stammeskämpfer drei Dörfer von IS zurückerobert haben. Bei den Gefechten in der Provinz Deir ez-Zor sollen mehr als ein Dutzend Menschen ums Leben gekommen sein. Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zogen sich die Extremisten aus den Dörfern Kischkijeh, Abbu Hamam und Granidsch zurück. Die Kämpfe seien ausgebrochen, nachdem die Extremisten am 30.07.14 drei Stammesmitglieder festgenommen hätten. Die Beobachtungsstelle berichtete zudem von der Tötung des Provinzchefs der al-Nusra-Front von Idlib, Jakub al-Omar. Dieser sei offenbar bei der Explosion einer Autobombe in seinem Wagen in der Ortschaft Khan al-Subol gestorben. Nach Angaben vom 03.08.14 wurden bei Luftangriffen der syrischen Armee auf Stellungen der Rebellen in Duma nahe Damaskus mindestens 32 Menschen getötet.

Berichten der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zufolge wurden im Juli 2014 über 5.000 Menschen getötet.

Kämpfe im libanesischen Grenzgebiet

In Syrien kämpfende Rebellen griffen am 02.08.14 den libanesischen Grenzort Arsal an und nahmen mehrere Sicherheitskräfte als Geiseln. Bei den Kämpfen sollen mindestens acht libanesische Soldaten und zwei Zivilisten sowie zahlreiche Angreifer ums Leben gekommen sein. Als Auslöser gilt die Festnahme von Imad Ahmed Dschuma, einem mutmaßlichen Kommandeur der al-Nusra Front kurz zuvor. Die Sicherheitskräfte in der Region wurden umgehend verstärkt.

Gazastreifen/Israel

Zeitweilige Waffenruhe für den Großteil Gazas

Israel hat für den 04.08.14 eine siebenstündige humanitäre Waffenruhe für den Großteil des Gazastreifens angekündigt. Wie die Armee mitteilte, soll die Feuerpause um 09:00 Uhr MESZ beginnen und um 16:00 Uhr MESZ enden. Ausgenommen ist der östliche Teil der Stadt Rafah (Südgaza). Dort würde weiterhin gekämpft. Der kommandierende General Mordechai warnte gleichzeitig, die Armee werde bei einem Bruch der Waffenruhe umgehend reagieren. Sie soll vor allem die Bergung von Toten und die Versorgung von Verletzten ermöglichen, aber auch Zivilisten eine Atempause verschaffen. Fast vier Wochen nach Beginn des Gaza-Kriegs zeichnet sich ein Ende der israelischen Bodenoffensive ab. Nach Berichten israelischer Medien vom 03.08.14 seien die meisten Soldaten bereits abgezogen worden. Sie hätten Stellungen in grenznahen Aufmarschräumen auf israelischem Territorium bezogen.

Türkei

Erste türkische Wahl in Deutschland

Nach vier Tagen ging am 03.08.14 die erste türkische Wahl in Deutschland zu Ende. Bislang mussten die Wähler immer in ihr Heimatland reisen, um ihre Stimme abzugeben. Bundesweit waren rd.1,4 Millionen türkische Staatsbürger aufgerufen, den neuen Präsidenten in ihrem Heimatland zu wählen. Dafür hatte die Türkei im Berliner Olympiastadion sowie in großen Hallen in Hannover, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, München und Karlsruhe Wahllokale eingerichtet. Mit Angaben zur Wahlbeteiligung hielten sich die türkischen Behörden zurück. Lediglich aus Düsseldorf gab es einen ersten Trend: Dort rechnete die Vizekonsulin damit, dass bis zu 25.000 der 260.000 Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben hätten. Die Wahlurnen aus Deutschland werden in die Türkei ausgeflogen. Ausgezählt werden sie erst nach Abschluss der Präsidentschaftswahl, die am 10.08.14 stattfindet.

Libyen

Lage weiterhin gefährlich

Die Sicherheitslage verschlechterte sich nach einem zweitägigen Waffenstillstand zur Bekämpfung des Treibstofflagerbrandes am Flughafen Tripolis wieder. Die Kämpfe um den Hauptstadtflughafen sind wieder voll entbrannt, zudem konnten die Rebellen einen Armeestützpunkt südöstlich von Bengasi einnehmen. Neben Deutschland brachten inzwischen mehrere Staaten ihre Diplomaten in Sicherheit und forderten ihre Bürger zur Ausreise auf. Die Europäische Union zog am 30.07.14 ihre internationalen Mitarbeiter ebenfalls vorübergehend ab. Die Zahl der libyschen Flüchtlinge nach Tunesien nimmt zu.

Massenexodus von Gastarbeitern

Die sich stetig verschlechternde Sicherheitslage hat zehntausende Gastarbeiter aus den muslimischen Nachbarstaaten bewogen, in ihre Heimatländer zurückzukehren, obwohl der nordafrikanische Ölstaat in allen Bereichen auf fachkundige Ausländer angewiesen ist. Da die großen Flughäfen geschlossen sind, erfolgt der Massenexodus auf dem Land- oder Seeweg. Er führte zu chaotischen Szenen vor allem am Grenzübergang Ras Jidir nach Tunesien. Das Nachbarland will verhindern, dass Flüchtlinge auf seinem Territorium stranden, und sorgt sich wie Ägypten vor dem Einsickern islamistischer Extremisten. Beide Länder wollen keine Flüchtlingslager wie 2011 während des Krieges gegen die Gaddafi-Diktatur.

Nigeria

Kano: Drei Selbstmordattentate von jungen Frauen

Am 30.07.14 gegen 14:30 Uhr sprengte sich in Kano (Hauptstadt des gleichnamigen nördlichen Bundesstaates) eine junge Selbstmordattentäterin im Verwaltungsgebäude des Polytechnikums (Fachhochschule) des Bundesstaates Kano inmitten einer Gruppe von Studenten in die Luft. Bei dem Anschlag wurden sechs Personen getötet und etwa sieben verletzt.

Am 28.07.14 gegen zehn Uhr reihte sich ebenfalls in Kano eine etwa 17, nach anderen Angaben 19 Jahre alte Selbstmordattentäterin in die Reihe der Kunden ein, die in der staatlichen NNPC-Großtankstelle im Stadtteil Hotoro Kerosin kaufen wollten. Anschließend zündete sie eine Bombe, die sie sowie drei weitere Personen tötete; sieben Personen erlitten Verletzungen.

Am selben Tag gegen 14 Uhr sprengte sich eine etwa 19 Jahre alte Selbstmordattentäterin in die Luft, als sie von Polizisten kontrolliert werden sollte. Der Vorfall ereignete sich unterschiedlichen Meldungen zufolge entweder am Eingang des Messegeländes „Kano Trade Fair Complex“ oder am Eingang des Einkaufszentrums „Ado Bayero Mall“. Durch die Explosion starb die Attentäterin. Sechs Personen, darunter zwei Polizisten, wurden verletzt.

Seit dem 27.07.14 gab es damit vier Selbstmordattentate in Kano durch weibliche „Teenager-Bomber“.

Rund 50 Tote bei Angriffen der Boko Haram in Adamawa

Am 27.07.14 starben im nordöstlichen Bundesstaat Adamawa bei Angriffen der islamistischen Terrororganisation Boko Haram auf Dörfer in drei Local Government Areas (LGA) mindestens 50 Personen. So wurden

bei einem Überfall auf das Dorf Garkida, Gombi LGA, vier dort stationierte Soldaten sowie mehrere Zivilisten getötet. Im Madagali LGA kamen sechs Personen um. Im Hong LGA starben bei Angriffen auf die Dörfer Zar, Lube und Mubeng etwa 30 Personen.

Mehrere Tote bei Umzug der Sekte „Islamic Movement of Nigeria“

Am 25.07.14 veranstaltete die schiitische Sekte „Islamic Movement in Nigeria“ (IMN) in der Stadt Zaria (nördlicher Bundesstaat Kaduna) eine Prozession zum jährlichen „Quds-Tag“ (Jerusalemtag) sowie gegen die Militäroperationen in Gaza durch Israel. Laut Armeangaben habe der Umzug einen Verkehrsstau verursacht, so dass ein Militärkonvoi an der Weiterfahrt gehindert worden sei. Als man einen freien Weg für den Konvoi geschaffen habe, hätten ihn Teilnehmer des Umzugs beschossen. Hierauf sei es zu einem Schusswechsel gekommen. Der Führer der Sekte, Scheich Ibraheem El-Zazzaky, bestritt, dass Teilnehmer zuerst geschossen hätten. Laut einer auf der Website der Sekte veröffentlichten Namensliste wurden bei dem Vorfall 32 Angehörige des IMN getötet, unter ihnen drei Söhne von El-Zazzaky.

Westafrika

Maßnahmen gegen Ebola-Ausbreitung

Die WHO hat am 01.08.14 einen Sondergipfel in Guineas Hauptstadt Conakry einberufen, an dem die Regierungschefs von Guinea, Liberia, Sierra Leone und der Elfenbeinküste teilnahmen. Im Zentrum der Beratung stand ein Notfallprogramm in Höhe von 100 Millionen USD (rund 75 Millionen Euro). Der WHO zufolge müssen mehrere Hundertschaften medizinischen Fachpersonals in die Seuchenregion entsandt werden, um dort überforderte Behörden und Hilfskräfte zu unterstützen. Die drei betroffenen Länder Guinea, Sierra Leone und Liberia haben das gemeinsame Grenzgebiet zur Quarantänezone erklärt. Nach neuen Angaben der WHO sind seit Februar mindestens 729 Menschen an der Seuche gestorben, darunter 60 medizinische Kräfte. Mehr als 1.300 Menschen haben sich infiziert. Erste Verdachtsfälle der hoch ansteckenden und extrem tödlichen Krankheit sind am 03.08.14 auch in Nigeria bestätigt worden. Die US-Gesundheitsbehörde kündigte am 03.08.14 die Entsendung von 50 Experten nach Westafrika an. Am 06.08.14 berät das WHO-Notfallkomitee die internationalen Auswirkungen und entscheidet, ob die Epidemie eine gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite (PHEIC) ist.

Uganda

Verfassungsgericht hebt Anti-Homosexuellen-Gesetz auf

Das Verfassungsgericht hat das diskriminierende Anti-Homosexuellen-Gesetz aufgehoben. Nach Angaben des Vorsitzenden Richters sei die Regelung im Parlament mit einer unzureichenden Stimmenzahl beschlossen worden. Die Unterstützer des Gesetzes kündigten an, gegen die Entscheidung vor dem Obersten Gerichtshof des Landes Berufung einzulegen.

Ugandas Präsident Yoweri Museveni, der als scharfer Gegner von Homosexuellen gilt, hatte das Gesetz im Februar 2014 in Kraft gesetzt. Es sah unter anderem lebenslange Haftstrafen für Homosexuelle vor und verpflichtete Bürger, Homosexuelle bei den Behörden zu denunzieren. Das Gesetz hatte internationale Proteste ausgelöst. Homophobie und die Diskriminierung sexueller Minderheiten waren schon vor dem Gesetz weit verbreitet. Ursprünglich war in dem Gesetzentwurf sogar die Todesstrafe für wiederholte homosexuelle Handlungen vorgesehen gewesen. Erst nachdem dies gestrichen wurde, stimmte das Parlament im Dezember 2013 zu.

Ruanda

Neuer Ministerpräsident ernannt

Am 24.07.14 wurde Anastase Murekezi zum neuen Ministerpräsidenten Ruandas ernannt. Der bisherige Arbeitsminister ist Nachfolger von Pierre Habumuremyi, der von Präsident Kagame wegen des Verdachts, Verbindungen zur ruandischen Hutu-Rebellengruppe FDLR (Forces Démocratiques de Libération du Rwanda) im Osten der DR Kongo zu unterhalten, entlassen wurde. Murekezi ist der dritte Premierminister seit 2000.

Somalia

Halbautonomer Teilstaat in Zentralsomalia vereinbart

Am 30.07.14 unterzeichneten Vertreter der Regionalverwaltungen von Galmudug (Teile der Regionen Galgaduud und Mudug) und Ximan & Xeeb (Teil von Galgaduud) sowie der Ahlu Sunna wal-Jama'a (islamistische, sufistisch geprägte Miliz) in Mogadischu ein Abkommen, in dem sie vereinbarten, zur Schaffung eines halbautonomen föderalen Teilstaats in Zentralsomalia zusammenzuarbeiten. Premierminister Abdiweli Sheikh Ahmed lobte den Vertrag als einen Meilenstein auf dem Weg zur Schaffung eines föderalen Gesamtstaats Somalia. Der Sondergesandte des UN-Generalsekretärs für Somalia, Nicholas Kay, bezeichnete ihn als einen ersten Schritt auf dem Weg zur Staatsbildung in der Region. Auch die Vertreter von IGAD, EU und AU begrüßten die Vereinbarung und versprachen eine enge Zusammenarbeit bei deren Umsetzung.

Abgeordneter ermordet

Die al-Shabaab bekannte sich zur Ermordung eines Parlamentsmitglieds in Mogadischu am 01.08.14. Nach Angaben der Islamisten handelt es sich bereits um den fünften Abgeordneten, den sie in diesem Jahr getötet hätten. Als Begründung für den Mord erklärte ein Sprecher der Miliz, das Opfer habe der Stationierung fremder Soldaten in Somalia zugestimmt. Zudem seien die Parlamentarier Stützen der „widerrechtlichen“ Regierung.

Explosion tötet Frauen

Am 03.08.14 kamen in Mogadischu mindestens vier Frauen ums Leben, mindestens sechs wurden verletzt, als Sprengstoff, der in einer Abfallgrube versteckt war, durch Fernzündung zur Explosion gebracht wurde. Bei den Opfern handelte es sich um Straßenreinigerinnen. Obwohl sich niemand zu der Tat bekannte, wird vermutet, dass die al-Shabaab verantwortlich ist.

Al-Shabaab-Mitglieder hingerichtet

Am 03.08.14 wurden drei Angehörige der al-Shabaab durch Erschießen hingerichtet. Ein Militärgericht hatte sie der Tötung von Zivilisten für schuldig befunden. Einer der Verurteilten soll an dem Anschlag auf den Präsidentenpalast Anfang Juli (vgl. BN v. 14.07.14) beteiligt gewesen sein.

Armenien/Aserbaidshchan

Schwere Gefechte um Nagorni Karabach

Seit dem 31.07.14 kam es an der Demarkationslinie zwischen Nagorni Karabach und Aserbaidshchan sowie an der regulären armenisch-aserbaidshchanischen Staatsgrenze zu den seit Jahren schwersten Gefechten zwischen den Truppen von Armenien und Aserbaidshchan. Bis zum 03.08.14 wurden mindestens 15 Soldaten getötet, wovon die meisten aserbaidshchanischen Einheiten angehört haben sollen. Auf Vermittlung Russlands sind zwischen den Präsidenten Armeniens, Sersch Sargsjan, und Aserbaidshchans, Ilham Alijew, für den 08./09.08.14 Gespräche in Sotschi über die Beilegung des Konfliktes geplant.

Ukraine

Flüchtlingszahlen

Laut UNHCR-Angaben sind mit Stand vom 18.07.14 vor den Kämpfen in der Ostukraine rund 130.000 Ukrainer nach Russland geflohen. Zudem gibt es fast 100.000 Binnenvertriebene, darunter mindestens 12.000 muslimische Tartaren von der Krim. Die Meisten sind aus den umkämpften ostukrainischen Regionen Donezk und Luhansk geflüchtet. Entgegen den von den Rebellen und von Moskau vorgetragenen Behauptungen, dass Russisch sprechende Personen in der Ukraine gefährdet seien, haben Untersuchungen der UN zu den Menschenrechten kaum Belege dafür erbracht.

China

Dutzende Tote bei Gewalt in Unruheregion Xinjiang

Bei blutigen Zwischenfällen sind in der Unruheregion Xinjiang Dutzende Menschen ums Leben gekommen. Die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua berichtete unter Berufung auf Polizeiangaben von einem „Terroranschlag“. Eine bewaffnete Gruppe habe am 28.07.14 Dutzende Zivilisten in der Gemeinde Shache getötet. Viele der Angreifer seien anschließend von Polizisten erschossen worden. Unter den Opfern sollen sowohl Han-Chinesen als auch Uiguren sein, hieß es.

Die Provinz im Westen des Landes ist häufiger Schauplatz gewaltsamer Attacken, so zuletzt im Mai, als in der Hauptstadt Ürümqi 39 Menschen getötet wurden.